

Deutsche Außenpolitik

# Nett reicht nicht

Warum Berlins Außenpolitik in üblen Zeiten schärfere Instrumente braucht

Von **Josef Joffe**

13. März 2017 / 136 Kommentare

AUS DER ZEIT NR. 11/2017 [[http://www.zeit.de/2017/11?](http://www.zeit.de/2017/11?wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.wall_abo.premium.packshot.cover.zei&utm_medium=fix&utm_source=zeitde_zonpme_int&utm_campaign=wall_abo&utm_content=premium_packshot_cover_zei)

[wt\\_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.wall\\_abo.premium.packshot.cover.zei&utm\\_medium=fix&utm\\_source=zeitde\\_zonpme\\_int&utm\\_campaign=wall\\_abo&utm\\_content=premium\\_packshot\\_cover\\_zei\]](http://www.zeit.de/2017/11?wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.wall_abo.premium.packshot.cover.zei&utm_medium=fix&utm_source=zeitde_zonpme_int&utm_campaign=wall_abo&utm_content=premium_packshot_cover_zei)

Vor knapp 100 Jahren veröffentlichte das Auswärtige Amt das 40-Bände-Mammutwerk *Die Große Politik der europäischen Kabinette*. Im Zentrum stand die deutsche Diplomatie bis zum [Ersten Weltkrieg](http://www.zeit.de/zeit-geschichte/2014/01/erster-weltkrieg-kriegserklaerung) [<http://www.zeit.de/zeit-geschichte/2014/01/erster-weltkrieg-kriegserklaerung>]. Doch nach dem Zweiten verschwand die "große Politik" aus dem deutschen Vokabular.

Wieso? Die Republik hatte es danach recht bequem. Der Rahmen der Außenpolitik war vorgegeben: Bündnis und Europa. Amerika sorgte für die Sicherheit. Europa erforderte zwar Selbstbindung, warf aber höchsten Gewinn ab: Legitimität, Gemeinschaft und Märkte. Mit dem Zerfall der Sowjetunion wurde es noch besser. Den Deutschen fiel die Vereinigung in den Schoß, hernach keine strategische Bedrohung weit und breit.

Wozu noch "große Politik"? Die Zukunft gehörte der "kleinen". Zwanzig Jahre lang durfte Berlin im strategischen Schlaraffenland leben – an den Stellschrauben drehen, Konflikte im Kompromiss versenken oder in der Euro-Krise mit viel Geld zukleistern. Diese Bühne, mit der Friedensmacht D in der Mitte, verdunkelt sich vor unseren Augen. Im Westen wackelt die Säule deutscher Sicherheit: die uralte US-Schutzgarantie. Im Osten betreibt Putin opportunistische Machtpolitik und rüttelt am europäischen Status quo. Der Mann ist aber halbwegs berechenbar, anders als Erdoğan, der die Bundesrepublik ungeniert zu erpressen versucht. Der islamistische Terror hat längst Deutschland erreicht.

## JOSEF JOFFE

ist Herausgeber der ZEIT. Von 2001 bis 2004 war er auch ihr Chefredakteur, gemeinsam mit Michael Naumann. Davor leitete er das außenpolitische Ressort der *Süddeutschen Zeitung*. Weitere Texte von ihm finden Sie hier.  
[<http://www.zeit.de/themen/serie/index?q=Zeitgeist>]

Auf diese Welt ist Berlin nicht vorbereitet. Angesichts der neuen Bedrohungen funktionieren die klassischen Instrumente nur bedingt – das geduldige Aushandeln, gepaart mit gutem Willen. Wie besänftigt man einen Putin? Indem man seine Eroberungen in der Ukraine absegnet? Wie einen Erdoğan "sozialisieren", der die Deutschen als Nazis diffamiert und Deutschtürken zu mobilisieren versucht – ganz zu schweigen von der stummen Drohung, den Flüchtlingen den Weg nach Westen oder übers Mittelmeer zu öffnen?

Ganz schlicht: Wie würde Berlin auf US-Strafzölle gegen deutsche Autos reagieren? Mit Gesprächsangeboten oder mit "Wie du mir, so ich dir", um Trump die Kosten des Egoismus zu zeigen? Die eigene Macht offen einzusetzen läuft allem zuwider, was der deutschen Politik seit Jahrzehnten zum Segen gereicht hat. Nur setzt dieser freundliche Gestus just jene liberale Weltordnung voraus, die einzubrechen droht: von Trump über Erdoğan zu Putin, vom Terror bis zum Populismus mit seinen autoritär-isolationistischen Reflexen.

Das erste Gebot deutscher Außenpolitik fordert ein Bündnis zur Rettung der liberalen Ordnung. Vielleicht kommt Trump zur Besinnung, Erdoğan zur Vernunft. Vielleicht wählen die Briten nicht die "*splendid isolation*", die Franzosen nicht Marine Le Pen  
[<http://www.zeit.de/2017/10/marine-le-pen-praesidentin-frankreich-europaer-angst>]. Dennoch braucht Berlin einen Plan B, und der setzt einen Bewusstseinswandel voraus, der sich an den neuen brutalen Realitäten orientiert. Acht Prozent mehr für den Verteidigungsetat ist schon mal ein erster Schritt, eine kampfbereite Bundeswehr der nächste. Wo die Feinde der liberalen Ordnung nackte Macht einsetzen, müssen deren Nutznießer zeigen, dass sie nicht wehrlos sind und das gedeihliche Zusammenleben auf Gegenseitigkeit basiert.

Für Deutschland ist solche Strategie eine fürchterliche Vorstellung. Leider bricht die Bühne weg, auf der die Friedensmacht 60 Jahre lang so glänzend und gut geschützt agieren konnte.



[[http://premium.zeit.de/aktuelle-zeit?](http://premium.zeit.de/aktuelle-zeit?wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.artikelbox.ausgseite.bildtext.cover.cover&utm_medium=fix&utm_source=zeitde_zonpme_int&utm_campaign=artikelbox&utm_content=ausgseite_bildtext_cover_cove)

[wt\\_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.artikelbox.ausgseite.bildtext.cover.cover&utm\\_medium=fix&utm\\_source=zeitde\\_zonpme\\_int&utm\\_campaign=artikelbox&utm\\_content=ausgseite\\_bildtext\\_cover\\_cove](http://premium.zeit.de/aktuelle-zeit?wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.artikelbox.ausgseite.bildtext.cover.cover&utm_medium=fix&utm_source=zeitde_zonpme_int&utm_campaign=artikelbox&utm_content=ausgseite_bildtext_cover_cove)]

*Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 11 vom*

*9.3.2017. Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.*

[[http://premium.zeit.de/aktuelle-zeit?](http://premium.zeit.de/aktuelle-zeit?wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.artikelbox.ausgseite.bildtext.text.text&utm_medium=fix&utm_source=zeitde_zonpme_int&utm_campaign=artikelbox&utm_content=ausgseite_bildtext_text_text)

[wt\\_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.artikelbox.ausgseite.bildtext.text.text&utm\\_medium=fix&utm\\_source=zeitde\\_zonpme\\_int&utm\\_campaign=artikelbox&utm\\_content=ausgseite\\_bildtext\\_text\\_text](http://premium.zeit.de/aktuelle-zeit?wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.artikelbox.ausgseite.bildtext.text.text&utm_medium=fix&utm_source=zeitde_zonpme_int&utm_campaign=artikelbox&utm_content=ausgseite_bildtext_text_text)]